

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Verbreitung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Friedaktion und Expedition: Berlin W57
 Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
 Fernsprecher Amt Lüdzow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags. Bezugspreis
 vierteljährlich durch die Post (ohne Briefporto) 2 Mk.
 Postzulassungszul. Nr. 3164

Inhalt: Der Aufstieg der Tüchtigen. — Die Elektrizität und ihre Gefährdungsgefahren. — Unser Verband am Schlusse des 26. Kriegsmonats. — Die Erhöhung der Teuerungszulagen in Nürnberg. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus den Stadtparlamenten. — Theaterarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste.

sind, die nach Wirken und Schaffen rufen und verlangen, für das Ganze zu rühen. Freie Bahn für alle Tüchtigen, das muß unsere Lösung sein. Führen wir sie frei und vorurteilslos durch, dann werden die Tüchtigen aus allen Ständen freudig teilnehmen an dem Werke des Friedens wie jetzt am blutigen Kampfe." Tiefe Wahrheit, daß das Staatswohl und das Wohl der Gesamtheit die Mitarbeit aller tüchtigen Männer und Frauen fordert, kann gar nicht entschieden genug betont werden, denn eine Umwälzung von Fähigkeiten, Kräften und Begabungen können unter den heutigen Verhältnissen nicht zur Entfaltung gelangen und verkümmern im Verborgenen, während zahlreiche leitende Stellungen mit ungeeigneten Personen besetzt sind. Wie schädlich dies für Staat und Gesellschaft ist, leuchtet ohne Weiteres ein; wir können gar nicht genug tüchtige Menschen haben, und jede Raubbank an Fähigkeiten, die der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können, rächt sich aufs schwerste.

So allgemeine Zustimmung die Forderung: „Freie Bahn für alle Tüchtigen!“ findet, so weit gehen doch die Ansichten über die praktische Verwirklichung auseinander. Es werfen sich hier besonders zwei wichtige Fragen auf: „Welche Art von Tüchtigkeit ist gemeint?“ und zweitens: „Wie lassen sich die Tüchtigen aus der großen Zahl ihrer Mitmenschen herausfinden?“ Die Beantwortung dieser beiden Fragen birtet zweifellos große Schwierigkeiten.

Tüchtigkeit hängt zusammen mit dem Worte „taugen“, und so sagt man denn von einem Menschen, der etwas taugt, er sei ein tüchtiger Mann, eine tüchtige Frau. Jeder, der sich auf irgendeinem Tätigkeitsgebiete bewährt, der seine Stelle voll und ganz ausfüllt, verdient die Bezeichnung „tüchtig“. Dabei ist es ganz einerlei, auf welchem Gebiete sich diese Tüchtigkeit äußert. Wir können nicht alle an leitenden Stellen stehen und unzählige Tüchtigkeit weithin offenbaren, es muß auch Zwischen- und Untertypen geben, aber was jemand macht, das soll er ordentlich machen. Beim Bau eines Hauses muß ein Architekt da sein, der die Pläne entwirft und die Ausführung leitet, aber es muß auch Leute geben, die Steine tragen, Zement bereiten, Wölle behanen usw., und diese Leute müssen ebenfalls tüchtig sein, denn auch auf ihre Tüchtigkeit kommt es an. Selbstverständlich muß sich die Tüchtigkeit eines Menschen, sei er Staatsmann, Handwerker oder Arbeiter, in seiner praktischen Tätigkeit bewähren. Wortsichwoll und Redegabe machen es nicht, und mit großen Versprechungen lohnt man keinen Hund hinter dem Eisen hervor. Hier liegt eine fühlbare Gefahr vor, denn viele Leute lassen sich allzu leicht täuschen und von den gerissenen, scheinellosen Bewerbern übers Ohr hauen. Dies ist besonders gefährlich für eine demokratisch gegliederte Gesellschaft, während in einer Autokratie nicht die Verabdingung und Tüchtigkeit Nutzbringend gibt, sondern Herrschaft, Vermögen, Protektion usw. Zwischen diesen beiden Extremen die richtige Mittellinie zu finden, das ist eine Staatennotwendigkeit, die sich gegen alle Hindernisse durchsetzen muß, diese Kräfte, die da im Geuer gegliedert

Der Aufstieg der Tüchtigen.

Der altgriechische Philosoph Plato, der hervorragendste Lehrer im streite seiner Schüler eines Tages gesagt habe, wenn er Fürst eines Volkes wäre, so würde er zu den versammelten Bürgern folgendermaßen sprechen: „Bürger, wir sind alle Brüder, aber die Götter haben uns ungleich geschaffen, denn es gibt goldene, silberne, kupferne, erzene und eiserne Menschen, das heißt Menschen von der verschiedensten Begabung und Veranlagung. Und es kommt vor, daß ein goldener Vater einen eisernen Sohn hat und daß umgekehrt ein eiserner Vater einen goldenen Sohn hat. Da ist es denn notwendig, daß der eiserne Sohn des goldenen Vaters binabsteigt in die Tiefe und daß der goldene Sohn des eisernen Vaters emporsteigt zur Höhe. Denn ein Volk muß zugrunde gehen, das von eisernen Menschen regiert wird.“ Das will bezeigen, daß es unsocial ist, Menschen auf der Höhe zu halten und in leitenden Stellungen zu verwenden, die nur deshalb dort leben bleiben, weil sie „in der Wahl ihrer Eltern vornahm“ gewesen sind, und daß es die Pflicht der Gesellschaft ist, begabten, tüchtigen Menschen aus den Unterschichten den Aufstieg zu ermöglichen und zu erleichtern. Der bedeutende englische Soziologe Durkin vertritt diesen selben Gedanken, aber er gebraucht ein anderes Bild. Er vergleicht die Gesellschaft mit einem Teich, auf dessen Oberfläche Leute herum schwimmen, die Schwimmgürtel tragen, ohne die sie sofort untergehen würden, und auf dessen Boden Leute liegen, die durch Kleingürtel und eiserne Ketten festgehalten werden, so daß sie nicht emporzusteigen vermögen, trotzdem sie sehr gut schwimmen können. Und er ruft aus: „Sagt mit den Schwimmgürteln, fort mit den Kleingürteln und eisernen Ketten! Schafft eine gleiche soziale Gelegenheit, damit sich der Mensch seine Stelle in der Gesellschaft suchen kann, an die er gehört!“

Die Forderung, daß der Aufstieg der Begabten zu den veränderten Stellen plannmäßig gefördert werden müsse, wird hauptsächlich immer dringend erhoben. Erst kürzlich hat der deutsche Reichskanzler von Bethmann Hollweg von der Reichstagtribüne herab den Ausführungen getan: „Die gewaltigen Angaben, die auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens unserer Nationen, branden zu ihrer Lösung alles, was an straffen in unserem Volke lebt. Es ist eine Staatennotwendigkeit, die sich gegen alle Hindernisse durchsetzen muß, diese Kräfte, die da im Geuer gegliedert

sondern auch der Charakter spielt dabei eine Rolle. Wir müssen uns also klar werden über das, was man unter Tüchtigkeit versteht.

Die zweite Schwierigkeit liegt darin, die Tüchtigen auszuwählen. Um diese Auslese zu erleichtern, hat sich bei uns in Deutschland vor kurzem ein Ausschuss gebildet, der die Frage ihrer Lösung näher bringen will. Er will mit daran arbeiten, um Mittel und Wege zu suchen, die Begabten zu erkennen und anzunehmen und ihnen den Weg zum Aufstieg äußerlich zu ebnen. Der Ausschuss hat als erstes Werk eine Bekanntmachung dieses Themas herausgegeben, in dem Schulmänner, Volkswirtschaftler, Verwaltungsbeamte und Männer des praktischen Lebens ihre Erfahrungen und Meinungen austauschen. Sie sind natürlich nicht in der Lage, eine Lösung dieser Aufgabe zu bieten, sie begnügen sich damit, Vorarbeiten zu leisten und eine Lösung anzunehmen. Denn so einfach die Sache auf den ersten Blick erscheint, so schwierig ist ihre Durchführung. Es ist nämlich gar nicht so leicht, eine Auslese der Begabten vorzunehmen, weil die Merkmale der Begabung so verschieden sind und weil man meistens nur sehr schwer herausfinden kann, was in einem Menschen steht und wofür er sich eignet. Bislang hat die Schule in dieser Beziehung eine ausschlaggebende Rolle gespielt, und auch heute noch sieht man auf die verschiedenen Schulen: Volks- und Gewerbeschulen, Gymnasien, Realgymnasien und Universitäten, die Hoffnung, daß sie einen Auslesemechanismus bilden könnten. Aber diese Hoffnung erscheint bei näherer Betrachtung trügerisch.

Zurück ist es eine häufig beobachtete Tatsache, daß eine große Klasse vorhanden ist zwischen Schulbegabung und Lebendbegabung. Der sogenannte gute Schüler, der mit hohen Erwartungen seiner Lehrer ins Leben hinaustrat, zeichnet sich vielfach im praktischen Leben keineswegs durch hervorragende Leistungen aus, während der ancheinend minder Begabte seinen Weg macht und tüchtiges leistet. Das ist keineswegs wunderbar, denn die Schule fordert nur ein

gutes Gedächtnis und einen ausdauernden Fleiß, aber das Leben stellt ganz andere Anforderungen an den Menschen. Es verlangt freie Entscheidung und Willenskraft, Anpassungsfähigkeit, Umsicht und Beherrschung. Schule und Leben stehen in bezug auf Begabung fast gar nicht in einem inneren Zusammenhang, die Schule ist in dieser Beziehung eine mangelhafte Schule fürs Leben, erst das Leben nimmt den Menschen wirklich in die Schule. Daraus folgt natürlich keineswegs, daß man die Schulbildung gering schätzen soll. Das Gegenteil, sie gibt dem heranwachsenden Menschen eine Summe von Kenntnissen und Fertigkeiten mit, die im praktischen Leben unentbehrlich sind, aber für die richtige Auslese kann sie nur wenig tun. Noch ein anderer Umstand kommt hinzu. Bei dem einzelnen Menschen (wie bei der gesamten Menschheit) spielt die Entwicklung eine Rolle. Wir entwickeln uns geistig und körperlich bis zu einem bestimmten Höhepunkt, und mancher Mensch, der im Kindes- und Jugendalter als durchaus untüchtig galt, entwickelt sich später in ganz überraschender Weise. Meistens tritt die Veranalogung und Begabung erst in der praktischen Tätigkeit klar erkenntbar auf, wenn wir die Schule langsam verlassen haben. Erst dann leben mit seinen Bedürfnissen und Aufgaben hämmert die Menschen zurecht und loft aus ihnen heraus, was in ihnen steht.

Darum ist die Haupttache, daß bei der Auslese nicht lediglich Wert gelegt wird auf die Begabung, sondern vorwiegend auf die allgemeine Tüchtigkeit. Nicht das Wissen allein soll den Ausschlag geben, sondern auch das Können soll berücksichtigt werden. Selbstverständlich sollen die äußeren Umstände, wie Kunst, Vermögen und Familie, keine Rolle mehr spielen. Wir brauchen alle Begabungen und Fertigkeiten, woher sie auch stammen mögen, und wir brauchen für alle Berufe. Es gilt, kurz gesagt, den tüchtigen Mann die tüchtige Frau, die sich bewährt haben, an die richtige Stelle zu setzen. An der Lösung dieser Aufgabe müssen wir alle mitarbeiten.

Die Elektrizität und ihre Gesundheitsgefahren.

Die Bedeutung der Elektrizität für Gewerbebetriebe, das Transportwesen, für Beleuchtungs- und Haushaltungszeuge sowie im Dienste der Wissenschaft und Heilkunde findet ihren Ausdruck in der großartigen Entwicklung der elektrischen Industrie. Die gewerbliche Arbeiterschaft kann auch dieser Entwicklung mit ihren Folgewirkungen nicht ohne Interesse gegenüberstehen.

Das eigentliche Wesen der Elektrizität ist noch unbekannt, doch scheinen einzelne Tatsachen darauf hinzudeuten, daß sie zu den Mittelgliedern der Lichterzeugungen, dem sogenannten „Lichtkörper“, in naher Beziehung steht. Die atmosphärische Elektrizität ist als die natürliche anzusehen. Neben dem Ursprung und die Ursache der atmosphärischen Elektrizität geben verschiedene Theorien Auskunft, wie die Elektronen- und Atomentheorie, wonach sie aus kleinen, unmeßbaren Teilen besteht, und zwar aus solchen mit negativer (atmosphärischer) und solchen mit positiver (anziehender) Kraft und Bewegungsgeschwindigkeit. Die Feststellung, daß gleichartige elektrische Körper sich abstoßen, hingegen ungleichartige sich anziehen, ist ein bedeutender Erfolg der wissenschaftlichen Erkenntnis; sie bildet im Zusammenhange mit dem Magnetismus die Grundlage zur Erzeugung des elektrischen Stromes. Die Stärke der atmosphärischen Elektrizität hängt mehr oder weniger von dem Atmosphärenabstand ab. Dementsprechend findet eine tägliche und jährliche Veränderung statt. Niederschläge, Wolken, Regen, Schnee, sind bald positiv, bald negativ elektrisch. Ihren kräftigsten Ausdruck erhält diese Elektrizität bei Gewittern. Es hat sich dann in einem Teil der Wolken besonders positive Elektrizität angehäuft, die sich durch die dazwischenliegende Luftschicht mit der negativen Elektrizität in anderen Wolken zu vereinigen sucht. Dann kommt es zu den gewaltigen elektrischen Entladungen, zu Donner und Blitzen. Die stationäre Elektrizität ist aber nur von kurzer Dauer. Es ist ein großes Verdienst der technischen Wissenschaft, durch die Erzeugung individueller Elektrizität und elektrischer Kraft dem Menschen viel Freiheit eröffnet oder erleichtert zu haben. In der „Technischen Monatsschrift“ (Nr. 4, 1916) wird hierzu von Professor W. Philippo mitunter mitgeteilt: „Die elektrische Energie ermöglicht es, eine Veränderung der durch die Natur gegebenen Erzeugungen, sofern namentlich in Materien, in der Natur, im Produkte, in Gasen, in Flüssigkeiten usw., erhaltene Energien zu vermeiden, und zwar dadurch, daß am Ursprungsort dieser Energien entgegen-

dort, wo die Umwandlung in elektrische Energie sich am verstellbarsten ausführen läßt, elektrische Zentralen errichtet werden, und die Energie in Form des elektrischen Stromes an große Netze verteilt wird, um dann dort, wo Arbeitsmaschinen zu betreiben, Motoren zu speisen sind, wieder in mechanische Energie umgesetzt zu werden.“

Bei der Leitung des Stromes, der elektrischen Kraft, von einem elektrischen Körper auf einen unelektrischen und zwei Gruppen von Materialien zu unterscheiden, nämlich solche, die Elektrizität sofort und leicht weiterführen, und solche, die diese Weiterleitung oder Leitung gar nicht oder nur in geringem Maße gestatten. Zur ersten Gruppe gehören als Leiter alle anelektrischen Körper, bestehend aus Metallen, ausserdem Graphit, Kohle, Säuren, Salzlösungen. Wasser überträgt alle feuchten Körper, zur zweiten Gruppe alle die elektrischen Körper als Nichtleiter: Harze, wachs, Erdöl, Erdgas, Paraffin, Wachs, Marmor, Glas, Porzellan, Seide, Cellulose, Holzleiter: Aether, Alkohol, Öl, Papier. Die Fortbewegung der Elektrizität hat auch, ähnlich wie eine Wasserleitung, einige Widerstände zu überwinden. Wie bei dieser Leitung hängt der Widerstand von der Länge und dem Durchmesser der Leitung ab. Durchflißt der Strom einen verhältnismäßig dünnen Kupferdraht, wird dieser erwärmt, wodurch eine Schwächung des Stromes begünstigt wird. Zu denselben Widerstand wie die Länge zuminimmt auch der Widerstand zu. Je größer der Durchmesser der Leitungsröhre, desto rascher wird das Wasser durchdrücken können. Letztlich verbüßt es sich mit dem Leiter der Elektrizität, wo in der selben Verhältnis, wie der Querschnitt des Stromes zunimmt, der Leistungswiderstand abnimmt. Die Leitung ist aber auch noch abhängig von dem Widerstand des Leitungsmaterials. Ampeier gibt zum Beispiel dem elektrischen Strom einen geringeren Widerstand als Eisen, Nickel und Blei. So beträgt zum Beispiel die elektrische Leitfähigkeit des Eisens nur 10 bis 18 Proz. des Ampeiers, während momentlich bei dem Mangel des letzteren wahrend dieselbe Ampeier als sehr nachteilig galt. Wie hierüber die „Ampeier“ in Nr. 10 dieses Jahres mittheilen konnte, war es trotzdem die größte Leistung gelungen, auch mit Eisen und Blei vom Leiter durchdrückende Arbeiten zu überwinden. Man unterscheidet dicke und hohle Leitungen. Platten Draht, wobei man ebenfalls nur im Außen am Platten draht verzweigt, an dem

wer die
len sind.
it. Aus
d. Rebe
inneren
na eine
unt die
stürzlich
oll. Da
en eine
t wrofti-
Ausleie
 kommt
fanten
miedela
t Höbe-
ting-
ster in
nigung
einer
n. Erst
immer
was in

se nicht
in vor-
Wissen
den soll
eherne
te Rolle
Lubitsch
chen in
Ramm
e Stelle
wir alle

vertell-
werde
für Reb-
eineben-
ungesetz;

in einem
ren ver-
nt infor-
ng oder
re ersten
esiedere
Wasser
17 die
Schwefel
und al-
ung der
Bider
Bider
Dane-
rapt, 13
tes be-
immung
ne De-
moner,
in den
nicht, 2
noch et-
er bei
sionen
vertrie-
s, 11 die
Schwefel
und al-
ung der
Bider
Bider
Dane-

17 die
Schwefel
und al-
ung der
Bider
Bider
Dane-
rapt, 13
tes be-
immung
ne De-
moner,
in den
nicht, 2
noch et-
er bei
sionen
vertrie-
s, 11 die
Schwefel
und al-
ung der
Bider
Bider
Dane-

er mittels Branddrohnes bezeugt wird; sein Minimaldurchschnitt von mindestens 6 Quadratmillimeter bei Niederspannungen bis 100 Volt und mindestens 10 Quadratmillimeter bei Hochspannungen über 500 Volt betragen (Voll: das praktische Einheitsmaß der Elektromotorischen Kraft, womit die Stromstärke bezeichnet wird.) Im Dienste der Volks- und Gewerbeleitungen hat die Elektrizität einige wertvolle Änderungen und Wohltaten herbeigeführt. Durch die Anwendung von elektrischen Triebwagen wird der Luftverkehr Motorbetrieb mit Gas und Benzin und die Gasversorgung in Verhältnissen, Wohnungen usw. ausgejedelt. Auch die Dampfmaschinen mit ihren Schleppketten und qualmenden Zahnraden werden eingekränt. Ebenso wird durch die elektrische Bevölkerung und Staubabzug in Schleiferien, Holzverarbeitungswerkstätten, Mühlen usw. die gewerbliche Gesundheit verbessert. Demgegenüber darf aber nicht unbeachtet bleiben, daß die vielseitige Anwendung der Elektrizität auch viele Gesundheitsleidern gebracht hat, die durch den Mangel an Schutzeinrichtungen und durch die Unkenntnis des Volkes und besonders der Arbeiterschaft noch vermehrt werden. Die Literatur über diese Frage ist nicht allzu umfangreich. In der „Sozial-Zeitung“ (Nr. 24, 1915) ist der Ingenieur Wilhelm Wed auf einige Erkrankungen dieser Art hingewiesen.

Bei den Elektrotechnikern hat man die Beobachtung gemacht, daß sie bei längeren Arbeiten an Schalttafeln oder in Verkaufsstämmen, in denen Hochspannungen geprägt werden, an Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit und Verdauungsstörungen leiden. Auf die anhaltende Weißlichtstrahlung und die mit jedem Lebhaften verbundene Lebensaktivität und Herzfrankheiten und Nervenbeschwerden zurückzuführen. Häufigere Arbeitspausen und Bewegung in frischer Luft sind gute Gegennüsse. Durch das Arbeiten an elektrischen Schweißapparaten sowie bei Prüfung von Bogenlampen wird durch die dem Auge nicht sichtbaren ultravioletten Strahlen eine Erkrankung der Binde-, Neb- und Augenbogenhaut verursacht. Die Augenlinse wird trüb und erkrankt mit der Zeit zu grauem Star. Nur das zu vermeiden sind geeignete Schutzställen anzubringen. Aber nicht allein die Augen sind drohen Strahlungen ausgesetzt, sondern auch alle anderen ungeschützten Körperteile. Hände und Gesicht leiden unter der intensiven Hitze und den Röntgenstrahlen. Die Haut nimmt nach einiger Zeit die Farbe von roter Bronze an; der Arbeiter verspürt Angst, und soll Elektrofeuer und Feuer darum die Füße feiern. Zu letzter Zeit ist es deshalb das elektrische Schweißen mehr und mehr durch das sogenannte autogene Schweißverfahren mittels Zuckerschlossblase ersetzt.

Schließlich wie die Elektrotechniker sind die Aerzte und Patienten bei der Röntgenbehandlung den Schädigungen der ultravioletten Strahlen ausgesetzt, die ebenfalls nur durch Schutzbrillen verhindert werden können. Eine noch idiosynkratische Röntgenwirkung hat auch die Anwendung der Röntgenbeleuchtung oder Durchdringung dar, wenn dabei gefundene Gewebe und Organe lange und häufig eröffnet werden. Die „Röntgenteratitis“ äußert sich in Jod-, 14, Haarausfall und Braunfärbung der Haut; bei schweren Fällen in Blaufärbung der Haut, sitzigen und freibartigen Geschwüren, die zu Gelenkamputationen und nach einigen Jahren zum Tode führen können. Die Röntgenstrahlen haben auch eine schädliche Wirkung auf das Nervensystem, die sich in Kopfschmerzen, Erbrechen, Schwindelanfällen, Herzschlag und Atemnot äußert. Vorsatzbringend sind bei diesen Erkrankungen die Aerzte beteiligt, die nur leicht ein Opfer ihrer Berufstätigkeit werden. Von den in der Schriftliteratur bis zum Jahre 1912 festgestellten 54 Fällen waren 4 Aerzte, 20 Röntgentechniker und 1 Patienten betroffen. Die aktiverende Wirkung hat auch hierogenen Schwingungsanordnungen Schaffen, wobei das Blei, wie mit Bleiplatten besetzte Holzstühle und Bleiglasbrillen als ganz besonders wirksam anzusehen sind.

Eine Bedeutung verdient auch die „Telegraphistenkrankheit“, sonst man den Nervenkampf der jahrelang mit dem Morsegerät beschäftigten Beamten bezeichnet. Erst zeigt sich dabei Angst- und Raumkampf, später macht sich eine Erkrankung des zentralnervensystems und eine Störung des Gehirnjunktions beobachtbar. In den letzten Jahren sind mehr als 5 Proz. aller Telegraphen von dieser Krankheit befallen worden. Die „Radio-Graphistenkrankheit“ befällt Leute, die in engen Schiffsräumen in Apparaturräumen arbeiten, wo die Luft stark eingeschlossen ist durch Sauerstoffveränderung verbunden mit starkem Wasserdampf verhindert und außerdem die Zentraleinrichtung der drahtlosen Telegraphie mit hochspannenden Hochfrequenzröhren und Elektromotoren erfüllt ist. Wie weiter bekannt sein dürfte, halten die Telegrafen und das Betriebspersonal der Telefonanlässe bei ein außerordentlich beschäftigten Dienst auch noch unter den fahrlässigen, die beim Auftreten von Überspannungen in Fernsprechern entstehen, zu leiden. Gehör und Nervensystem werden überwiegend in Mitteldistanz gelegen. Wie der Gewerbe-Aerzt Dr. Ing. A. Baenig, im Jahr dieses Jahres in der „Sozial-Zeitung“ betonte, in auch der sogenannte Augenblitz, als eine sehr erträgliche Erkrankung angesehen, jedoch leicht Empfindungen und Schmerzen können auftreten. Augenblitz entsteht, wenn infolge einer Störung der Leitungen ein Strom, ohne die ihm befreite Arbeit geleistet zu haben, nach der Ausleitung übertritt.

Dabei entstehen dann sehr große Stromstärken, die mit starker Wärmeentwicklung begleitet sind; die Leitungen werden glühend und brennen durch. Außergewöhnlich groß ist die Gefahr bei Kurzschluß in feuer- und explosionsgefährlichen Betrieben. Um Schäden zu verhindern, müssen hier alle Teile gesäert sein, auch sind alle Räume gut zu dämmen. Apparate und Maschinen sind nur in explosionsförderer Bauart und mit Abschaltung zulässig. Schalter gewöhnlicher Art dürfen sich in golden Räumen nicht befinden. Glühlampen sind nur mit Überglocken statthaft und müssen im lufteisernen Raum brennen.

Das Reichsversicherungsamt gab im Jahre 1913 in den „Reichsmittelberichten des Unfallverhinderung“ für 1913 unter der Rubrik Betriebsanlagen und Vorläufe, bei denen sich entzündige Unfälle ereigneten“ unter „Elektrischer Strom“ zum ersten Male eine Zahlenangabe derartiger Unfälle, der dann 1916 weitere Zahlen für 1914 folgten. Als elektrische Unfälle werden hier angegeben bei den

1913 1914

Gewerbsgenossenschaften	383	391
Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften	88	15
Staatlichen Ausführungsbüroden	89	22
Provinzial- und Kommunalbehörden	—	1

Insgeamt 460 429

Von diesen Unfällen entfallen auf die Baugewerbs-Gewerbsgenossenschaften im Jahre 1913 42, 1914 57, auf die Berufsgenossenschaft für Feinmechanik und Elektrotechnik im Jahre 1913 15, 1914 158. „Die Mehrzahl der Unfälle“, sagte der Gewerbe-Aerzt Dr. Ing. A. Baenig, ereignet sich dadurch, daß der Mensch in den Stromkreis eines elektrischen Starkstroms gerät. Da Muskel- und Nervensystem ständig von sehr idiosynkratischen Strömen durchflossen wird, so ist es erklärt, daß das plötzliche Eindringen eines überaus starken Stromes in den Körper zu den verschiedensten Störungen führen muß. Schon der Strom einiger galvanischer Elemente erzeugt beim Fischen und Schließen einen elektrischen Schlag und während des Durchgangs ein eigenartig prasselndes Gefühl im Körper. Höhere Spannungen, etwa von 100 Volt an, veruradigen einen unangenehmen brennenden Schmerz. Die Empfindlichkeit des Menschen gegen elektrische Strom und der Widerstand des Körpers gegen den Stromdurchgang ist je nach der persönlichen Veranlagung sehr verschieden. Rasse, Größe, nahe Verleid und nahe Schuhe begünstigen den Stromdurchgang. Die ausgeübte Idiosynkrasie Wirkung hängt weiter davon ab, welche Körperteile der Strom tatsächlich durchströmt. Am gefährlichsten ist ein Unfall, der das Gehirn, das Herz oder die Lunge trifft. Es schwindet dann bald das Bewußtsein, der Herzschlag und die Atmung hören auf; bei Gleichstrom tritt noch die elektrische Versteifung der Körperfliessungen hinzu. Endlich tritt der Tod ein. Erfolgt noch reizende Hilfe, so bleiben neben den Brandwunden an den Stromeingangs- und Ausgangsstellen noch allerhand Schäden und Gebrechen zurück, wie zum Beispiel Verlust des Hörvermögens bis zur Taubheit von mehreren Tagen, Lähmungen und Taubheit, die sich in manchen Fällen erst nach Monaten wieder beobachten. Als spätere Folgeerscheinungen können schwere Erkrankungen des Zentralnervensystems und Gelenkerkrankung (progressive Paraparese) auftreten.“

Über die Zahl der gemeldeten Unfälle und der Todesverlusten durch Elektrizität wird anlässlich nichts gesagt. Soweit die lebtesten in Krise kommen, geben hierzu die Berichte der Berufsgenossenschaft für Feinmechanik und Elektrotechnik eine Ergänzung. Damals waren bei dieser Berufsgenossenschaft von den entzündigen Unfällen 1913: 91 (59,49 Proz.) und 1914: 76 (48,10 Proz.) Todesverluste. Wir sehen: Hier tritt der Tod „rau“ den Menschen an. Als Ursache zu dieser jährlichen Erkrankung wird in den Berichten der Berufsgenossenschaft für 1912, 1913 und 1914 auf die sprunghafte Ausdehnung der Hochspannung überlandzentralen hingewiesen. In dem Bericht für 1912 wird unter anderem hierzu gesagt: „Während in den Vorjahren die Betriebsspannungen nur langsam von 10.000 auf 15.000, von 20.000 auf 30.000 Volt erhöht wurden, sind im Berichtsjahr mehrere Anlagen von 40.000 und darüber, eine sogar mit der außergewöhnlichen Spannung von 110.000 Volt in Betrieb gesetzt. Auch an Freileitungen sind viele Unfälle vorgekommen.“ Mit der Erweiterung der Großpannen geht die Entwicklung der Elektrotechnik rasch vorwärts. Zu dem großzügig gedachten Netz von Überlandzentralen plant man noch ganz andere Dinge; man braucht elektrische Energienmenge, die weit über das Dreifache der genannten Zahlen hinausgehen. Von jenseits des Ozeans, aus Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, kommen schon Pläne, die eine Stromstärke von 150.000 Volt liefern sollen.

Auf dem zweiten internationalen Kongreß für Rettungswesen, 1913 in Wien, hat der Privatdozent Dr. S. Zellner Wien in einem Vortrage über „Elektrische Unfälle, erste Hilfe und Unfallverhütung“ einige wertvolle Erfahrungen bekanntgegeben. Danach haben die elektrophysiologischen Studien zw. Ergebnisse geliefert: zunächst, daß die allermeisten Unfälle nicht hätten vermieden werden können, weil viele der Verunglückten nur deshalb ein Ahan des Todes würden, weil die erste Hilfe zu spät und in falscher Weise geleistet wurde. Besonders ist es die ungenügende Ausführung der fahrlässigen Stromung, durch die viel Unheil ausgelöst wird, auf die elektrolytische Unfallpraxis erscheint es unerlässlich, daß die fahrlässige

Ammung durch Handanwendung von den Arbeitern praktisch erlernt wird. Der Tod durch Elektrizität ist in den meisten Fällen zunächst ein Szenario. Dafür sprechen nicht nur viele Beobachtungen in der Unfallpraxis, sondern auch die Erfahrungen bei den amerikanischen Versuchungen durch Elektrizität und die Ergebnisse der Tierversuche. Wenn man diese Szenarien in Leistungsgefahr minutenlang ohne fühlbare Ammung liegen lässt, dann ist die Verantwortung an den Tod eingetreten. Die beste Vorbereitung gegen Ammanlagen infolge Elektrizität ist neben den bewährten Sicherheitsvorkehrungen der Elektroarbeiter ein guter auf vornehmen neuen Basis organisierter Erziehungsunterricht, ergänzt mit praktischen Übungen. Die Elektroarbeiter und auch die übrigen Arbeiter glauben nicht an die Gefahr bei niedrigen Stromspannungen von eingeschlossenen Hundert Volt, und doch haben schon oft die Bezeichnung einer nur hundertvoltigen Anlage einen tödlichen Verlust. Aus das große Potentium ist zu meiste über die Einschlagsmöglichkeiten eines elektrischen Stromes sehr im unklaren. In Wien ist ein solcher Unterricht mit Bildwörtern und Kinematogrammen in den jüdischen Elektrizitätswerken und im Technologischen Gewerbeinstitut eingeführt.

Das Zentralkomitee für Rettungsweisen in Preußen hat auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe 1913 einen Unterrichtsbuch eingesetzt, um auch die Frage der Wiederbelebung bewusstloser zu behandeln. Ein weiteres Unternehmen zur Aufklärung über die elektrischen Gefahren ist von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin durchgeführt worden, die ebenfalls ein Unterrichtsbuch geschaffen und 1914 eröffnet hat. Dieses Museum sei allen Technikern, Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitern zur Besichtigung empfohlen.

Auf dem Gebiete der Unfallverhütung haben der Verband Deutscher Elektroarbeiter und die Vereinigungsteile der Feinmechanik und Elektroarbeiter wie in den früheren Jahren so auch durch die 1915 neu herausgegebenen "Vorrichtungen für Errichtung und den Betrieb elektrischer Starkstromanlagen nebst Ausführungsregeln", mit der „Anleitung zur ersten Hilfeleistung“, eine großzügige Arbeit zum Wissenserwerb geleistet, die bis auf weiteres für alle Behörden, Gewerkschaften, Elektroarbeiter und sonstigen Organisationen als maßgebend angesehen werden muss. G. Heinze.

Unser Verband am Schlusse des 26. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. Oktober 1916.)

Unser Mitgliederstand hat sich im Laufe des Monats September nicht auf der Höhe des vorigen Monats beobachtet, sondern ist, wie die Aufstellung zeigt, von 26790 auf 26190, also um 600 zurückgegangen. Es ist dies auf die große Zahl von Neuembarungen in der gleichen Periode zurückzuführen, die eine Steigerung von 26788 auf 27307, eine Zunahme von 519, erfahren haben. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Zunahme der Eingezogenen im August 285, im Juli 110 und im Juni 120 betrug. Nur ganz vereinzelt verzeichneten wenige eine höhere Ziffer auf. Prozentual ist der Mitgliederstand mit 1,9 (1025) etwas höher als im vorigen Verhältnis. Analog der Zahl der Eingezogenen haben sie auch die der Angehörigen, Frauen sowohl als Männer, erhöht. Ebenso sind um 470 auf mindestens 20843 gestiegen, während die Kinderzahl im Kriegsmonat sich auf 40154 erhöht. Es ist dies eine Zunahme von 588. Wie im vorigen, so spielt auch in diesem Verhältnis die Arbeitslosigkeit eine bedeckende Rolle. 50 Arbeitslose gegen 13 im August sind zu verzeichnen. Die dafür ausgewiesene Unterbringung beträgt 19,50 M. Erstmalig tauchen in der Zusammenfassung 101,50 M. für Sterilisationsförderung auf. Die angegebenen Sterilisationsförderungen erhöhen sich gegen die vorige Aufstellung um 149,05 M. im vorigen Monat (96,78 M.), während die Sterilisationsförderung einen Rückgang von 52,50 gegenüber dem Verhältnis 0227,50 M. erzielt. Die Schamtagungen erhöhen sich um 1228,10 M. gegen die im August für Unterhaltungsprozesse veranschlagten 16221,05 M., ein Zahlenwert, wie jetzt einen Verlust von 1821 Beimessungen 1730 zu verzeichnen.

Es muß nun unsere Aufgabe sein, in den Herbst- und Wintermonaten alle Verluste wieder auszuweichen!

Anhängerisch lassen wir zum Vergleich vorerst die Gesamtauflösungen der vergangenen folgen und jagen dann die Zusammenfassung für Ende September an:

Stand unserer Organisation am 1. Oktober 1916.

Geografische St. Co.	Gau	Mitgliederzahl am Schluss des 30. Sept. 1916		Mitgliederz. am Schluss des 30. Sept. 1916	Zum Heere eingezogene Frauen	Eingezogene Männer	Arbeitslose	Vom 1. bis 30. September 1916 auf Kosten der Hauptstelle ausgetragene Unterhaltungen												
		des II. Qu. 1914	Zunahme					an Arbeit	an Strafe	in Sterb. fällen	an Sterb. unter Führung	Gesamtkosten								
1. Augsburg		786	360	145	—	281	219	429	—	—	90	75	80	—	—	170	75			
2. Berlin		9619	4735	—	1264	6148	4273	7541	20	4	112	25	1997	75	735	—	—	2845	—	
3. Brandenburg		1022	417	179	—	426	359	647	—	—	—	—	193	95	—	—	—	193	95	
4. Bremen		2670	1146	310	—	1214	959	1686	—	—	—	—	202	50	240	—	—	442	50	
5. Breslau		1360	757	—	255	858	715	1601	3	3	26	50	212	50	180	—	—	399	—	
6. Dresden		3381	1777	80	—	1518	1238	2222	3	1	—	—	937	—	557	50	—	1491	50	
7. Düsseldorf		2459	928	359	—	1172	834	1436	2	2	30	—	424	75	100	—	—	551	75	
8. Frankfurt M.		3109	1732	—	280	1657	1312	2830	2	1	11	25	1009	50	342	50	—	1303	25	
9. Hamburg		7075	3256	—	172	3991	2508	4820	4	1	5	—	1754	25	1110	—	—	2899	25	
10. Hannover		1171	534	98	—	539	451	1010	—	—	—	—	150	—	60	—	—	210	—	
11. Königsberg		1162	334	116	—	712	655	1230	—	—	—	—	79	—	220	—	—	299	—	
12. Leipzig		3172	1572	151	—	1449	1224	2481	1	—	1	25	674	50	780	—	—	1455	75	
13. Lübeck		1596	659	—	44	690	580	1186	—	—	—	—	375	—	210	—	101	50	686	50
14. Magdeburg		1499	805	38	—	656	495	839	—	—	—	—	237	—	—	—	—	247	—	
15. Mainz-Koblenz		3326	1645	158	—	1523	1093	2271	—	—	—	—	557	—	365	—	—	922	—	
16. Mannheim		3368	2070	88	—	1210	875	2229	—	—	4	75	819	25	665	—	—	1519	—	
17. Nürnberg		2618	968	432	—	1218	1049	2130	—	—	7	50	496	50	415	—	—	919	—	
18. Saarbrücken		1909	602	559	—	718	616	1112	—	—	—	—	286	—	30	—	—	316	—	
19. Stuttgart		2098	1466	267	—	1175	1061	2016	—	—	—	—	517	25	105	—	—	622	25	
20. Einzelmaut		312	136	54	—	122	39	48	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
		54522	26190	1025	—	27307	20845	40154	59	12	198	50	11074	45	6175	—	101	50	17549	45

Die Erhöhung der Teuerungszulagen in Nürnberg.

Nachdem erst im Mai d. J. eine „Regulierung“ der Teuerungszulagen stattgefunden hatte, die nach wechselseitigem Schidat leider das doch nicht brachte, was die städtischen Arbeiter und Arbeitnehmer billigerweise wünschen müssen und die obendrein noch durch später herausgetommene Vollzugsvorschriften zum Teil für eine große Reihe unserer Kollegen illusorisch gemacht war — haben sich die städtischen Kollegen jetzt doch ausgeschwungen, ein übriges zu tun. Die angehenden und ganz abnormen Preissteigerungen der notwendigen Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel stellen die wirtschaftliche Existenz der städtischen Arbeiter stark in Frage und mußte sie veranlassen, dem Stadtmagistrat erneut ihre alte Forderung in bezug auf Erhöhung der Teuerungszulagen zu unterbreiten. Außerdem mußte es aber auch unsere Hauptaufgabe sein, die so verbitternd wirkenden Vollzugsbestimmungen, nämlich namentlich den Absatz bezüglich Anrechnung des Einkommens der Frau, so daß zu bringen. Es ist uns gelungen und soll anerkannt werden, daß die städtischen Kollegen doch soziale Einsicht genug bezeugt haben, unsere Einwände gegen diese widerjuristische Methode gelassen zu lassen. Als ein Zeichen der Zeit sei noch nebenbei erwähnt, daß, wenn wir uns recht erinnern, das erstmal im Nürnberger Rathaus lebenswürdige ohne Avisoprahlung zur Annahme gelangt sind — soeben im Stadtmagistrat als auch im Gemeindetagskabinett.

Naßhändig geben wir die hauptpflichtlichen Bestimmungen der 1. August zurückgezogenen Neuregelung bekannt:

Den ledigen Arbeitern und Arbeitnehmerinnen — ständige und unständige — ohne gesetzliche Unterhaltspflicht — mit einem jährlichen Diensteinkommen bis zu 2100 Mtl. jährlich ausköstlich; männlich wie breiter monatlich 9 Mtl., täglich 30 Pf., weiblich wie breiter monatlich 6 Mtl., 20 Pf. Den verheirateten, welche die Ernährung von Familien sind; mit einem jährlichen Diensteinkommen bis zu 1800 Mtl.; männlich monatlich 15 Mtl., täglich 50 Pf., weiblich monatlich 12 Mtl., täglich 40 Pf.; mit einem jährlichen Diensteinkommen von 1800 bis 2100 Mtl.; männlich monatlich 12 Mtl., täglich 49 Pf., weiblich monatlich 9 Mtl., täglich 30 Pf.; mit einem jährlichen Diensteinkommen von 2100 bis 2700 Mtl.; männlich monatlich 9 Mtl., täglich 50 Pf., weiblich monatlich 6 Mtl., täglich 20 Pf. Den verheirateten Angehörigen werden die Ideen mit gesetzlicher Unterhaltspflicht sowie die verwitweten, geschiedenen oder getrennt lebenden Personen mit eigenem Haushalt gleich erachtet; und außerdem erhalten hierzu bis zu einem jährlichen Diensteinkommen von 3000 Mtl. ausschließlich die sämtlich vorausgehend angeführten verheirateten Angehörigen, welche die Ernährung von Familien sind, noch eine Familienzulage, und zwar für die Mann monatlich 3 Mtl., für jedes Kind unter 10 Jahren oder für einen zuunterstehenden Verwandten monatlich 3 Mtl. Verheiratete Angehörige wie oben mit einem jährlichen Diensteinkommen von 3000 bis 3600 Mtl. und mit mehr als 2 Kindern für jedes weitere sind eine weitere Zulage von monatlich je 4 Mtl. Die Zulagen werden immer nur zu den genannten Höchsteinommensgrenzen bewilligt; darüber hinausgehende Verträge werden gefützt.

Damit sich die Kolleginnen und Kollegen über die geltenden Bestimmungen näher unterrichten können, geben wir in folgendem noch eine genauere Auslegung: Die Teuerungszulagen werden ab für Sonn- und Feiertage bezahlt und ist in Zukunft statt des „Dienzeinkommens“ überall das Diensteinkommen zugrunde zu legen. Bei Bestellung ist zunächst das lobitalmäßige Diensteinkommen, das wöchentliche Tagegeld, Monatsgehalt zu berücksichtigen. Diensteinkommen werden auch etwaige regelmäßige Ruhentnahmen, Abwesenheiten, reisendegelebte Familienunterstützungen oder Hinterbliebenenbezüge, gleichzeitig aus welchen Quellen sie fließen, hinzugerechnet. Dagegen bleibt ein etwaiger Nebenverdienst unberücksichtigt. Zulagen für Überstunden, Nacht, Sonn- und Feiertagsarbeit, eine Dienstaufwandentschädigung, eine Militärzeit, Kriegs- oder Verhunramannenzulage, eine Abholdeutliche Aufdienz außer Betrieb. Ebenso ist auf den Gehalt einer Wohnung oder vergleichbarer eines Nebeneinkommens aufzurichten, aus einem von dem Angehörigen oder von seinen Angehörigen betriebenen Gewerbe oder einem ähnlichen Nebenerwerb, aus dem Einkommen eines Angehörigen keine Rücksicht zu ziehen. Das Diensteinkommen ist der 31-tägige Vertrag des festen Dienstlohnes oder der zwölfjährige des Monatsgehaltes, unter Berücksichtigung aus dem nachstehenden Wertbetrag maßgebend. Die Abrechnungszeit wird allen Personen für die Tage der Dienst-

leistung gewährt, welche an bestimmten Tagen der Woche im städtischen Dienst beschäftigt sind.

Verwitwete, geschiedene oder getrennt lebende Personen ohne eigenen Haushalt und ohne Unterhaltspflicht (alleinstehende Personen) stehen den ledigen gleich. Haben aber diese Personen sowie ledige Angehörige eine gesetzliche Unterhaltspflicht gegen Verwandte zu erfüllen, so stehen sie den Verheiraten vollkommen gleich, ohne Rücksicht darauf, ob der Unterhaltsberechtigte in ihrem Haushalt aufgenommen ist oder nicht. Verwitwete, geschiedene oder getrennt lebende Personen mit eigenem Haushalt stehen den verheirateten Angehörigen gleich, auch wenn sie nicht unterhaltsberechtigt sind.

Für Kinder über 16 Jahre wird die Kinderzulage nur dann gewährt, wenn dieselben infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen erwerbsunfähig sind oder sonst aus zwingenden Gründen einem Erwerb nicht nachgehen können. Zur Gewährung der Kinderzulage ist in solchen Fällen die Genehmigung des Personalausschusses einzuholen.

Allen Angehörigen ist zur Pflicht gemacht, Verhältnisse oder Veränderungen, welche die Gewährung oder die Höhe der Teuerungszulagen beeinflussen, dem Stadtmagistrat rechtzeitig anzuzeigen. Die Unterlassung hat gegebenenfalls den Entzug der Kriegsteuerungszulage und unter Umständen auch strafrechtliches Vorgehen zur Folge.

Der infolge der Erhöhung und Ausdehnung der Teuerungszulage für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember erforderliche Mehraufwand beträgt 65.000 M.

Es sind ja nun nicht unsere, in diesen schweren Zeiten wahrlich berechtigten Wünsche rechtslos erfüllt, doch wäre es ein Unrecht, zu verkennen, daß die Neuregelung uns wieder bezüglich Erleichterung unserer Wirtschaftslage einen Schritt vorwärts gebracht hat. Eine ganzen Reihe von Stadtverwaltungen, namentlich bauamtlicher, steht in dieser Angelegenheit noch recht viel zu tun übrig! Aber auch die Leider der Organisation, zum Teil aus bloßer Verärgerung, noch bestehenden städtischen Arbeiter und Arbeitnehmer sollten sich gefaßt sein lassen, daß nur durch Einigkeit und Geduldlosigkeit weitere Erfolge zu erzielen sind. Wenn alle Kollegen und Kolleginnen das eingesehen haben und durch die Tat befreudet, wird unser Verbund sicher noch in bedeutender Weise sein, was er schon vor dem Kriege war: Verteidiger und Gewecker des wirtschaftlichen Rechtes der Arbeiter und Kämpfer für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen! Deshalb hinein in den Gemeindes- und Staatesarbeiterverband!

Sz.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Müßehr zur Friedenswirtschaft. In dem Vortrag, mit dem Staatssekretär Dr. Helfferich die Beratung im Reichstag angesetzt, um für Handel und Gewerbe über den wirtschaftlichen Übergang vom Krieg zum Frieden einzutreten, schilderte er zunächst die Zerstörung von Milliardenwerten in den Kriegsgebieten des Reichs und Österreichs, den Kapitalverlust der Reederei, den Einfluß des Metallwecklagenabnahmen auf die Anhäufung und Ergründung von Maschinen und die Aenderung in der Benutzung des Kapitals, das weniger für die Volkswirtschaft als für Kriegswecke arbeitet, woraus sich wieder die Geldanhäufung in Sparhäusern und Banken erklärt, die die gewaltigen Zerstörungen auf die Kriegszeit möglich macht. Unter im Ausland arbeitendes Kapital ist durch die Seeschiffierung und Liquidierung der ausländischen Anlagen geschädigt, ebenso durch die Entwertung der ausländischen Wertpapiere. Menschliche Arbeit ist zerstört durch die Totalversickerung des Krieges und durch die Verkleppungen, die der Volkswirtschaft Kräfte entziehen, und dabei ist auch zu bedenken, daß die noch vorhandenen Arbeitskräfte hauptsächlich für Krieg und Kriegsarbeiten verwendet werden. In diesem Zusammenhang wies der Staatssekretär auf die gewaltige Zunahme der Bevölkerung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte hin, die natürlich im Interesse unserer nationalen Zukunft so bald als möglich wieder zurückkehren muss. Die Aufsicht zur Friedenswirtschaft soll unter staatlicher Führung erfolgen; deshalb hat die Bundesratsverordnung vom August 1914 einen Gesetzesmaßstab für die Übergangszeit gesetzt. Seine Hauptaufgabe wird sein die Zurückführung der Soldaten in die Friedenswirtschaft, die Beschaffung der notwendigen Arbeit, die Kriegsbedarfsgüterfürsorge, die Herausgestaltung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, die Wiederausbildung der zum Teil aufgehobenen Arbeitsförderungsfachschule. Für das Kapital kommt besondere Ausübung und Förderung der Produktion und angemalte Sparfamilie in Betracht, vere für jetzt offen während des Kriegs nicht wird. Aufbauung des Kapitals für Friedenswirtschaft, Kreditverteilung für kleinende und verhandelnde Anlagen, Kreditverteilung für den häuslichen Grundbesitz und für die Kleinereien, Wiederbelebung des jetzt vollkommen ausgeschalteten Handels, Verbesserung der Wahrung und Gütingnahme der in

Ge- be- to- tote
531
527
575
511
459
462
460
523
423
317
201
82
67
72
90
61
77
53
85
232
169
158
158
71
72
56
72
43
59

Stadt- name
6. 8.
170 75
845 -
193 95
442 50
399 -
494 50
554 75
333 25
899 25
210
200
455 75
886 50
237
222
549 -
919 -
316
622 25
549, 45

Kriegsausleben festgelegten Kapitalien. Der Staatssekretär teilt also das ganze Problem der Übergangswirtschaft in drei Hauptprobleme: **Arbeiterfragen, Kreditbeschaffung, Rohstoffversorgung.** Vorläufig hat sich der Reichskommissar besonders mit der Rohstoffversorgung, dem Transportwesen und der Währung zu beschäftigen. Diese drei Fragen wären zu lösen durch Verwaltung, Gesetzgebung und Heranziehung von wirtschaftlich technischen straften; die letzteren sind neu zu organisieren. Mitarbeiter sollen aus allen Kreisen der praktischen Berufe auf den Diensten der Währung, der Reederei, der Finanzen, des Handels, der Industrie und Landwirtschaft zugezogen werden. Es ist die Errichtung eines großen **Verteiles** mit Unterabteilungen beabsichtigt, denen die Prüfung der Bedürfnisse austeilen soll. Die Durchführung der Beschlüsse obliegt natürlich dem Reichskommissariat und dem Reichsamt des Innern. Der Staatssekretär schloß seinen Vortrag mit der Erklärung, der Hauptziel des Reichskommissars sei, sich so schnell als möglich überflüssig zu machen, das heißt seine Arbeit, so schnell es geht, zu beenden. — Mit diesen Ausführungen erklärten sich die Sprecher aller Fraktionen im großen und ganzen einverstanden, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die sehr vieles von dem, was während des Krieges auf dem Gebiete der Zuteilung geschehen ist, auch in den Frieden hinübergenommen zu sehen wünscht.

Aus der Praxis der Arbeiterver sicherung

Neuregelung der Unfallzuschlagsmehrung. Durch die §§ 578 und 1038 der Reichsversicherungsordnung war dem Reichsversicherungsamt die nähere Bestimmung über die Ausführung der in §§ 573 bis 577 der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Vorschriften über die Bezahlung des erhöhten Krankengeldes bei Berufsunfällen vorbehalten. Nunmehr sind die Vorschriften in den „Amtlichen Nachrichten“ erschienen. Sie ergeben, daß vom Beginn der fünften Woche an bis zum Ablauf der dreizehn Wochen das Krankengeld auf zwei Drittel, das Haushalt auf ein Drittel des Grundlohns zu erhöhen ist, der für den Berichter bei seiner Krankenlaje maßgebend ist, falls das Krankengeld oder Haushalt nicht schon vorher diesen Betrag erreicht. Das nach § 194 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung auf Grund der Satzung zu zahlende Krankengeld (Dauerkrankengeld an ledige Versicherte bei Krankenbehandlung) wird um den gleichen Bruchteil seines Betrags erhöht, um den das Krankengeld zu erhöhen wäre, bis zum Höchstbetrag von einem Drittel des Grundlohns. Der Beginn der fünften Woche ist vom Unfall an zu rechnen, auch wenn das Krankengeld erst von einem späteren Tage an zu zahlen ist. Der Unfalltag ist nicht mitzuzählen. Als verüchert gelten auch die freiwilligen Mitglieder. Wenn freiwillig der Sozialbeamte oder sozialdemokratische Mitglieder nach der Satzung in den ersten Wochen keinen Anspruch auf Krankengeld haben, ist ihnen auf Grund der letzten Vorschriften bei Berufsunfällen gleichwohl Krankengeld und Unfallzuschlag zu gewähren. Das Krankengeld darf nur verlangt werden, wenn der Berichter sich den Unfall beim Begeben eines Verordnungen oder vorangegangenen Vergehens zugezogen hat. Das aus einer anderen Versicherung gehobene Krankengeld ist auch dann am Krankengeld zu führen, wenn kein Rechtsanspruch darauf besteht; doch kann die Satzung die Mängel ausgleichen. Die vorläufige Entscheidung, ob die Errichtung die Folge eines Unfalls ist, hat der Krankenfassenwartstand zu treffen; jedoch hat er die notwendigen Ermittlungen beim Unternehmer, der Versicherungsanstalt, dem Versicherungsamt und der Ortspolizei vorzunehmen; der Reichsverdebeweis steht dem Berichter jederzeit beim Versicherungsamt offen, auch ist die Verurteilung an das Überversicherungsamt möglich, eventuell auch die Revision, da über etwaige Streitigkeiten im Sprachverfahren zu entscheiden ist. Richtet sich der Antrag gegen den Unternehmer, falls seine Krankenkasse zuständig ist, dann kann ebenfalls beim Versicherungsamt Rechtsmedizin erhoben werden. Was die Krankenkasse zu zahlen haben, ist Ihnen von der Versicherungsanstalt oder dem Unternehmer zu ersehen, wozu Formulare vorbereitet sind.

Aus den Stadtparlamenten

Kriegs-Teuerungszulage.

Güstrow. Am 14. Juli wurde von der Gauleitung eine Eingabe an den Magistrat und die Bürgervertretung gestellt, in der eine Kriegsfindungssteuerungszulage beantragt wurde. Die beiden Störperschaften haben nun beschlossen, nachstehende Zulage mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli an zu zahlen: für ein Kind wöchentlich 1 Pf., für zwei Kinder 1,50 Pf., für drei Kinder 2 Pf. und für vier Kinder 2,50 Pf.

Bamberg. Der Magistrat hat beschlossen, den städtischen Beamten und Arbeitern Vorrechte in der Höhe des Monatsgehalts bzw. Wochenlohnes zur Sicherung von Lebensmitteln und Heizmaterial für den Winter zu gewähren und die Vorschüsse in fünf Zügen wieder in Abzug zu bringen.

Theaterarbeiter

Lohnforderung der Theaterarbeiterinnen in Köln. Die Arbeiterinnen der Vereinigten Theater haben unter recht bescheidenen Verhältnissen ihr Dasein zu fristen. Der monatliche Lohn beträgt 70 Pf. bei einer 6½-stündigen Arbeitszeit. Auf den Tag berechnet 2,33 Pf. Daß die Arbeiterinnen mit diesem Lohn nicht auskommen können, bedarf bei den heutigen Verhältnissen keiner weiteren Begründung, noch dazu weil es sich meist um alleinstehende Frauen handelt. Aus diesem Grunde reichten die Arbeiterinnen unter dem 21. Juli eine Lohnforderung bei dem Herrn Oberbürgermeister ein. Da in den übrigen Betrieben der niedrigste Lohn 2,80 Pf. pro Tag beträgt, glaubten die Arbeiterinnen, daß auch sie zur Stellung dieses Antrages auf den genannten Tag berechtigt seien. Man hatte nur angenommen, daß diese bescheidene Forderung auch erfüllt werden würde. Leider haben sich die Arbeiterinnen und auch der Antragsteller getäuscht. Nachdem die Stadtverwaltung 10 Wochen gebracht habe, um sich mit dem Antrage zu beschäftigen, ging unter dem 5. Oktober unserer Gauleitung folgendes Schreiben zu:

„Der Oberbürgermeister. Köln, den 5. 10. 16.“

Ich erwähne Ihnen ergebnis, daß eine Erhöhung des bestehenden Lohnes während der Kriegszeit grundsätzlich nicht erfolgen kann. Zur Behebung etwaigen Notstandes werden sämtlichen Arbeitern, Arbeiterinnen usw., die in städtischen Betrieben usw. beschäftigt sind, Teuerungszulagen gewährt, so auch den in Frage kommenden Arbeiterinnen der Vereinigten Stadttheater. Außerdem bemerke ich noch, daß den Pupillen von der Theaterdirektion ab 1. 9. 1913 eine moralische Zulage von 2,50 Pf. innerhalb aller Jahre um 2,50 Pf. bis zum Höchstlohn von 90 Pf. monatlich bewilligt worden ist. Da infolge des Ausbruchs des Krieges der Theaterbetrieb vorerst nur bedingt weitergeführt werden konnte, war es nicht möglich, die am 1. 9. 11 fällige Zulage zu gewähren. Nachdem der Betrieb wieder besser wurde, ist auch dem Haushpersonal vom 1. 4. 16 die Zulage von 2 mal 2,50 = 5 Pf. bewilligt worden. Ich bedaure, dem Antrage der Arbeiterinnen nicht stattgeben zu können. (Unterschrift.)“

Zutreffend ist, daß den Arbeiterinnen im Jahre 1913 eine Zulage von 2,50 Pf. bewilligt wurde. Daß aber auch da der Höchstlohn auf 90 Pf. monatlich festgesetzt sei, davon erhalten die Arbeiterinnen erst durch dieses Schreiben Kenntnis. Wenn nun aber der schlechte Geschäftsbetrag im Jahre 1914, infolge des Krieges, angeführt wird und aus diesem Grunde die Zulage nicht gegeben sei soll, so ist dieser Hinweis wohl verfehlt, denn im Jahre 1914 hatte man am 1. 9. 11 doch erstmals mit einem Monat Krieg zu rechnen. Wenn jetzt ein Höchstlohn gut ist, was soll aber eine Frau mit diesem anfangen, wenn darüber erstmals in zehn und noch mehr Jahren erreicht wird. Sie kann doch unmöglich bis dahin am Hungertisch nagen. Als Ausgleich soll ja die gewöhnliche Teuerungszulage gelten. Gewiß ist anzuerkennen, daß man der Teuerung Rücksicht tragen sollte. Die Zulage reicht leider nicht aus, um Leben zu föhlen. Eine Frau ohne Kinder bekommt 15 Pf. Teuerungszulage im Monat, das auf den Tag umgerechnet beträgt der gesamte Verdienst 2,83 Pf. Es hierzu der Lebensunterhalt bestreiten werden kann, darüber doch wohl sehr zweifelhaft sein. Da nun die Arbeitszeit 8½ Stunden pro Tag beträgt, ist doch die Frau nicht in der Lage, sich noch eine Nebenbeschäftigung zu suchen, wenn nicht der Haushalt ganz verzögert werden soll. Daß der Lohn nicht ausreichend ist, ist doch selbst die Stadtverwaltung eingesehen, denn sie zahlt doch in den übrigen Betrieben 2,80 Pf. Aufgangslohn. Ist es nicht mehr wie recht und billig, wenn man den Pupillen der Theater das zuläßt, was die bewilligt wurde? Leider ist es aber so, daß eine noch so berechtigte Forderung erst nach langen Erwägungen bewilligt wird.

Aus unserer Bewegung

Gemini. Am 7. Oktober, abends 9 Uhr, fand im Restaurant „Hofnung“ unser Mitgliederversammlung statt. Nach Ehrung der Verstorbenen und Gefallenen wurde die Abrechnung vom dritten Quartal vom Kollegen Manisch bekanntgegeben. Einnahme 3901,17 Pf., Filialausgabe 912,62 Pf. An den Hauptvorlagen in Quittungen 885,50 Pf., in bar 506,64 Pf. In der Filialstufe verbleiben 1593,41 Pf. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Quartals 312 männlich und 24 weiblich; außerdem stehen 380 Mitglieder im Felde resp. beim Militär. Kollege Manisch gab noch bekannt, daß unser Aktivvermögen bei jedem Quartal zurückgeht. Es wurde daher durch Abstimmung beschlossen, die wöchentlichen Volksbeiträge vom 1. Januar 1917 an von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Des Weiteren ist zu bemerken, daß Krancke welche um Altersrente nachsuchen, von der Rentenverwaltung einfaßt die Teuerungszulage entzogen wird. Am Anfang hieran hielt Kollege Witt Magdeburg einen Vortrag über: „Unsere gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben.“ Der Redner hielte in seiner Kündigungshabenden Ausführungen fest, daß wir nach dem Kriege eintreten und der übermächtigen Zentralisierung der Lebensmittel und uns die Worte auf die Höhe der Zeit zu bringen, noch harre Rumpfe der Partei.

◆ Rundschau ◆

Nur keine Sozialpolitik! Das ist der Ratlosigkeit eines Alddeutschen, der sich nur vor dem beschränkten Vierterteile des „Kanutes“ reuehmen lässt, der es aber verdient, weiter herumgezeigt zu werden. Denn es ist ein Mann, der endlich die rücksichtslose soziale Moral aller Nauheime und Streitbrecher in Druden schwärze verwirkt, fühl und radikal, ohne Skrupel und Zweifel. Nun ist der Krieg ein Segen, und er sieht mit Zittern und Zagen dem Frieden entgegen, der mit seinen sozialen Segnungen ihm wieder das Leben zur Hölle machen wird. „Hört auf mit sozialen Versicherungen!“ ruft der Alddeutsche erbost. Und dann schüttet er sein Herz aus:

„Ich bin kein Agrarier und kein Proletarier, kein Orthodoxer und kein Liberaler, kein Binsgenießer und kein Bottler; ich bin nichts als ein noch gesunder, um Geltung kämpfender deutscher Mann! Ich habe jahrelang, nachdem mir ein schönes Geldvermögen ohne meine Mitwirkung und Kenntnis verloren gegangen war, als ich eben meine ersten wirtschaftlichen Annehmlichkeiten erprobten wollte, bittere Not gelitten und nahe der Verzweiflung gelebt, vor der mich nur ein guter Gott bewahrt hat. Der wiss mir neue Wege, Wege der Entbehrung und harten Arbeit, die mir eine ärmerre, reinere, innerlich beständigere Grundlage des Lebens eidißlosen. Ach fühlte ein heisches Streben zum Dasein als deutscher Mann, zur Gründung eines deutschen Hauses. Die Hindernisse schreckten mich nicht; ich war stark und noch jung und fühlte den kommenden Erfolg. Aber die Hindernisse häuften sich unvermeidbar. Sie stiegen rascher als ich steigen konnte. Ihre Name ist: Soziale Segnungen!“ Ihre Wirkung für mich: Knachtung meiner Gesundheit und Verzicht oder endloser Aufschub der Gründung des deutschen Hauses!

Mit launigem Klingenden Schellen pries man ihre heilsamen Folgen für Krankheit und Tod, für Stellenlosigkeit und Verminderung der Erwerbstätigkeit, für hundertlei anderen Jammer. Und so sah ich nur das eine: Ich mußte fortan kämpfen — für die armen und Schwächeren, die nicht fähig waren, sich durchzuringen, wie ich es ohne Hilfe getan. Von Jahr zu Jahr wurden die Rechte dieser sozialen Segnungen enger, bestimgender, und es häufte sich Pflicht auf Pflicht. Was ich erworb, zerstob in soziale Segnungen — für andere!

Da kam meine Rettung! Es kam, wovon ich mit so vielen tausend anderen eine dauernde Befriedung unserer Grundlagen des Lebens erhoffte: der Krieg! Das soziale Gedächtnis versummte, und man zahlte mir für meine gesunden Arme, meine doch noch gesunden, weil das Heil kurz vor meinem Zusammenbruch durch die sozialen Überforderungen gekommen war. . . .“

Sieht hier, ihr deutschen Sozialpolitiker und Gewerkschafter! Den Mann, der unter den Pflichten der sozialen Versicherungsabgabe zusammenbricht, der alles, was er erworb, den sozialen Pflichten „für andere“ opfern muß, so daß er niemals nicht ins deutsche Haus hätte einziehen können, wenn ihm der Heilsspender Krieg nicht kräftig unter die Arme gefaßt hätte. Leider weiß man nicht, was das für ein „deutsches Haus“ ist; — etwa eine Villa im Neuwald? O weh, wenn der Friede mit seinem „sozialen Geist“ dieses Idyll stören wird!

Unsere Verbands-Angestellten im Felde. Da mittlerweile erhebliche Veränderungen bei unseren angestellten Kollegen im Felde vorgezeichnet sind, geben wir nachstehend einige kurze Nachrichten, soweit sie uns bis 15. Oktober 1916 bekanntgeworden sind. **Hess.-Brandenburgs Regiment** ist vom Fort Lillo nach Antwerpen (Stadt) abgezogen, doch kann die Abfahrt zur Front jederzeit erfolgen. **Watzke**-Berlin war nach seinem Urlaub kurze Zeit beim Divisions-Stab, ist nun wieder Telephoner an der Westfront. **Walter**-Mannheim (Berlin) ist Telephoner der Westfront an der Name. **Wegener**-Hamburg ist auch nicht mehr aktiver von der Front entfernt und erhält gegenwärtig in Frankreich „Lehren darüber“. **Wolff**-Berlin ist Feldgendarmer in Kowno. **Wolff**-Straßburg gehört noch zur Besetzung von Pragge. **Wolff**-Dresden ist noch Lazarettfahrer hinter der Westfront. **Wolff**-Germannstadt. **Heinrich**-Düsseldorf ist auf der Depot-Kompanie in Wesel a. Rh. **Heinrich**-Berlin sitzt in der Garnison Sangerhausen zu Allenstein. **Heuer**-Bremen steht an der Westfront. **Holte**-Königsberg ist Sanitätsfeldwebel in Anhaltstadt. **Holte**-Höhn ist auf der Höhe nach der Ostfront. **Lippert**-Bremen war frisch aus Urlaub hier; noch ist er Maidinenko vor in Russland, doch kann es jeden Tag zur Front weitergehen. **Kötter**-Berlin ist erneut an Rheinmaa erkannt und verhindert auf Lazarett Marienberg. **Meiner**-Magdeburg eingesetzt auf

digen Urlaub aus dem Schüengraben der Nordfront. **Neumann**-Bremen war Ende Juli auf Urlaub, ist jetzt wieder auf der Nordsee. **Noh**-Stuttgart ist Unteroffizier in Garnison Ehingen. **Pehold**-Frankfurt a. M. beansprucht Gefangene im Gaswerk Aachen. **Pöleniske**-Berlin ist im Lazarett Neufölln; es geht ihm wieder gut. **Preißler**-Dresden wird im Königsbrück neu ausgebildet. **Rennert**-Berlin war länglich aus dem Lager-Erlaß aus Urlaub hier; ist jetzt in Hildesheim. **Riedel**-Hamburg ist noch Eisenbahner in Dresden. **Schmeißer**-Frankfurt a. M. ist im Schüengraben an der russischen Front. **Schmidt**-Berlin ist noch in Garnison Frankfurt a. O. **Schneider**-Frankfurt a. M. steht als Telefonier im Schüengraben an der Ostfront. **Schulz**-Berlin ist ebenfalls im russischen Schüengraben, erhielt baldigen Urlaub. **Schlae**-Breslau wird in Blaß ausgebildet. **Sebald**-München † 22. Juli 1915 gefallen in den Vogesen. **Stamer**-Berlin ist Krankenwärter; derzeit selbst befreit im Berliner Lazarett. **Stettler**-Stuttgart steht in der Nähe der Südwestfront (Vogesen). **Stimpf**-Mannheim liegt im Schüengraben der Ostfront. **Strunk**-Berlin ist Sanitätsunteroffizier im Gefangenencamp Berger-Damm. **Timmer**-Berlin ist Schreiber am gleichen Ort. **Volkmann**-Berlin ist noch in Garnison Prenzlau, erwartet aber täglich „Armarisch in Feindeland“. **Wachendorff**-Magdeburg hat Arbeitsdienst an der Westfront. **Wesolowski**-Königsberg † 21. Mai 1915 gefallen vor Romza. **Zabel**-Berlin ist Polizeisoldat in Kowno. — Von den unbekleideten Vorsitzmitgliedern ist **Pöhld** bei Longwy (Westen) als Eisenbahner, **Reumann** in russischer Gefangenschaft, **Shadow** in Russland gefallen. Männer die hatten Strapazen, Entbehrungen und Gefahren, denen unsere insgesamt 27 400 eingezogenen Kollegen ausgesetzt sind, von ihnen glücklich überstanden werden.

Arbeitsmarkt und Arbeitslöhne in der Metallindustrie. Die wirtschaftlichen Vorgänge in einem Einheitspreis sind in gewisser Weise zu erkennen in den Geschäftsberichten der Berufsgenossenschaften. Sind doch die Unternehmer gespannt, diesen Genossenschaften, die der Durchführung der Unfallverhütung dienen, genaue Angaben über die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die gezahlten Löhne usw. zu machen. Zeit in der Kriegszeit, in der das wirtschaftliche Leben so gewaltige Veränderungen durchläuft, sind jedoch statistische Angaben über diese Fragen besonders willkommen. Die acht großen Berufsgenossenschaften für die Eisen- und Stahlindustrie zeigen in ihren Geschäftsberichten, daß die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter gesunken ist von 1.439.091 im Jahre 1913 auf 1.257.876 im Jahre 1914 und 1.179.262 im Jahre 1915. Im Vergleich zu anderen Gewerbezweigen ist die Abnahme eine verhältnismäßig geringe. Allerdings ist der Rückgang bei den einzelnen Berufsgenossenschaften ein recht verschiedener. Am geringsten war er bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, bei der die Zahl der Arbeiter nur von 212.129 im Jahre 1913 auf 190.110 im Jahre 1915 sich verminderte. Dagegen nahm bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft die Zahl in der gleichen Zeit von 195.306 auf 149.037 ab. Auch die Südwestdeutsche Eisenberufsgenossenschaft hatte erhebliche Einbußen; bei ihr verminderte sich die Arbeiterzahl von 76.009 auf 49.349. Die Summe der gezahlten Löhne verminderte sich bei den acht Genossenschaften von 2062 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 1763 im Jahre 1914 und 1840 im Jahre 1915. Der auf den einzelnen Arbeiter entfallende Durchschnittslohn erhöhte sich von 1413 Mark im Jahre 1913 auf 1404 und 1580 Mark in den folgenden Jahren. Die Steigerung ist eine verhältnismäßig geringe, namentlich, wenn man sie vergleicht mit der in gleichem Maße gewaltigen Lebenshaltung. Weiter ist nicht aus dem Auge zu lassen, daß die Lohnsteigerung noch zum guten Teil durch die so umfangreich gewordene Überstunden- und Sonntagsarbeit erzielt ist. Auch die Steigerung der Löhne ist bei den einzelnen Genossenschaften sehr verschieden. Am erheblichsten war sie bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, wo der Durchschnittslohn von 1321 Mark auf 1610 Mark im Jahre 1915 stieg, und bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft mit der Erhöhung von 1781 auf 1961 Mark. Bei der Sächsisch-Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft trat in derselben Zeit eine Steigerung von 1151 auf 1226 Mark ein, bei der Südwestdeutschen Eisenberufsgenossenschaft nur von 1409 auf 1413 Mark. Man sieht, an den Riesengewinnen, die von den großen Unternehmungen der Metallindustrie in der Kriegszeit erzielt wurden haben die Arbeiter so gut wie keinen Anteil.

„Eine bedenkliche Kundgebung“ nennt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ im Leitartikel vom 8. d. W. den Vertrag, welchen der Deutsche Raumfahrtindustrie-Verein für das Geschäftsjahr 1915/16 veröffentlicht hat. In mehrfacher Hinsicht trifft das ohne Frage auch sozial-politisch zu. So wird den Arbeitserwartungen nachgekomm, in wie hohem Maße sie den vertragten Wünschen der Bergarbeiter durch „freiwillig“ gewahnte Entlassungszulagen entsprochen haben. Die Bergarbeiter werden anderer Meinung sein; jedenfalls beweisen die wiederholten Vorhände ihrer Organisation während des Krieges, was e. mit dem freimütingen Entgegenkommen“ auf sich hat. Wenn es noch etwas Platzes bedürfte, hätte, welche Welt der verjüngten schwärmt

